



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Einwirken auf politische Entscheidungen, damit Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können.

Aktuell seit 19.07.2025 12:14:53

Angegeben von:

Mobil mit Behinderung e.V. (R005286) am 30.06.2024

Beschreibung:

Mobilität, ob mit einem individuellen Fahrzeug oder barrierefreiem ÖPNV muss seitens der Regierung sichergestellt werden. Mobilität ist der Schlüssel zur Inklusion und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auf Augenhöhe. Die Finanzierung darf an keine Bedingung geknüpft sein. Allein der Bedarf und die Notwendigkeit sind zu betrachten. ABER! Ebenso zielt unser Wirken darauf, die Kommunen zu entlasten. Es ist ein Gesamtgesellschaftliches Problem, welches aus zentraler Hand kommen muss. Es kann und darf nicht zu Lasten einzelner Kommunen gehen. Wir fordern ein Nachteilsausgleichgesetz! Alle, wie auch immer gearteten Einschränkungen / Behinderungen müssen einen Ausgleich erfahren. Wenn wir uns wirklich auf Augenhöhe begegnen wollen, darf es keine finanziellen Hürden für den Einzelnen geben.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Rechte von Menschen mit Behinderung [[alle RV hierzu](#)]

Betroffene Bundesgesetze (2)

[BTHG \[alle RV hierzu\]](#)

[KfzHV \[alle RV hierzu\]](#)